

Maria Bühner

Die Kontinuität des Schweigens

Das Gedenken der Ost-Berliner Gruppe *Lesben in der Kirche*
in Ravensbrück

Abstract: Continued Silence. The commemoration of the East Berlin-based group Lesbians in the Church at Ravensbrück. The 1980s mark the rise of the homosexual and lesbian rights movements in the German Democratic Republic. This article discusses attempts publicly to commemorate lesbian victims of Nazi persecution at the memorial site of the Ravensbrück concentration camp in the mid-1980s by the East Berlin-based group *Lesben in der Kirche* (Lesbians in the Church). They aimed to make lesbians and their history more visible. For the self-declared antifascist state, the commemorations of victims of the Nazi persecution were central to its political self-understanding. To make visible that there were more victims to the Nazi persecution than the communist resistance fighters was for the activists a way to seek public attention. At the same time, it was a strategy to form a shared collective memory as part of their identity politics that went hand in hand with an understanding of homosexuality as a political identity.

Key Words: Lesbian, National Socialism, East Germany, German Democratic Republic, Lesbian Activism, Politics of Memory, 1980s, Commemoration, Persecution of Homosexuality

„Wessen Erfahrungen und Gefühle zählen?“ ist eine zentrale Frage für die Auseinandersetzung mit der Geschichte von Lesben, Schwulen und anderen Queers,¹ denn deren Erfahrungen und Emotionen spielen in hegemonialen Diskursen und Erinnerungskulturen zumeist kaum eine Rolle.² Im Folgenden stehen die Erfahrungen der Ost-Berliner Gruppe *Lesben in der Kirche* (LiK) bei ihrem Gedenken in der Gedenkstätte Ravensbrück in den 1980er-Jahren im Mittelpunkt.³ Anhand dieses Beispiels diskutiere ich die Schnittstelle von Marginalisierung und Versuchen, dieser entgegen-

Maria Bühner, Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig, maria.buehner@uni-leipzig.de

genzuwirken als eine wichtige Triebfeder für die Entwicklung der Lesbenbewegung in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Dabei werde ich insbesondere den Kampf der Gruppe um Sichtbarkeit und Anerkennung und die damit verbundene Politisierung lesbischer Identität diskutieren. Leitend ist die These, dass das Gedenken Ausdruck einer Politik war, welche durch die Auseinandersetzung mit vergangenen und gegenwärtigen Diskriminierungserfahrungen Anknüpfungen für kollektive Identitätsentwürfe der Lesbenbewegung bereitstellte und dabei die offizielle Erinnerungskultur der DDR in Frage stellte. Durch das Gedenken und damit verbundene Praktiken etablierten die Aktivist*innen ein kollektives lesbisches Gedächtnis, welches identitätsstiftend wirkte. Das Erinnern und Gedenken an die Verfolgung von Lesben im Nationalsozialismus sind als performative Akte zu verstehen, die Bezug nahmen auf herrschende Diskurse – in diesem Fall besonders staatliche Erinnerungspolitik. In diesen Prozessen wurden Erinnerungen und Identitäten erst hervorgebracht und manifestierten sich im Zeitverlauf.⁴

Die Geschichte lesbischer Frauen* in der DDR ist bisher zu großen Teilen unerforscht⁵ und nur zu Teilen in, zumeist von lesbischen Aktivist*innen selbst geschaffenen, Archiven, sowie in Rückblicken von Zeitzeug*innen dokumentiert. Das Quellenmaterial für diesen Artikel ist dementsprechend divers und zu unterschiedlichen Zeitpunkten entstanden. Es handelt sich, erstens, um Dokumente aus dem Bestand des *GrauZone Archivs*, welche die Arbeit der LiK dokumentieren. Das Vorgehen der staatlichen Akteure rekonstruiere ich, zweitens, aus entsprechenden Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (Stasi). Drittens stütze ich mich auf Rückblicke von Personen, die in der Lesbenbewegung der DDR aktiv waren, welche zumeist in Form von Artikeln zu Tagungen und in Sammelbänden nach 1990 veröffentlicht wurden.⁶ Viertens verwende ich Interviews mit einigen ehemaligen Mitgliedern der LiK, die im Kontext zweier Filmprojekte entstanden sind.⁷ Während die Dokumente aus den 1980er-Jahren sehr unpersönlich sind, finden sich in dem Quellenmaterial ab 1990 persönliche Sichtweisen auf das Geschehen und die damit verbundenen Emotionen. Das ist für sich genommen bereits ein sehr interessanter Befund. Es verweist zum einen auf die Marginalisierung des Themas Homosexualität in der DDR und zum anderen auf die veränderten Publikationsmöglichkeiten sowie eine Pluralisierung des Diskurses über Lesben und lesbische Geschichte nach 1990. Das vorliegende Quellenmaterial ermöglicht es, das Geschehene einerseits aus Perspektive der LiK und einzelner Mitglieder sowie andererseits aus Perspektive der Stasi und Volkspolizei zu rekonstruieren, wobei jedoch der Fokus meiner Betrachtung auf der Gruppe und ihren Mitgliedern liegen wird. Entsprechend meines praxeologischen Ansatzes soll so die Subjektivität historischer Akteur*innen in den Fokus gerückt werden.⁸ Für die Praxeologie sind soziale Praktiken und damit Handlungen, Körper, praktisches Wissen und die Akteur*innen zentral. In diesem Sinne wird sowohl

der „Zusammenhang zwischen körperlichen Verhaltensroutinen, kollektiven Sinnmustern und subjektiven Sinnzuschreibungen der historischen Akteure als auch die historische Verankerung ihrer Identitäten und Symbole [...] zum zentralen Gegenstand der Analyse und Theoriebildung“.⁹ Zunächst führe ich die Gruppe ein, dann diskutiere ich ihr Gedenken in Ravensbrück im Kontext der Erinnerungskultur der DDR und der sich entwickelnden Homosexuellenbewegung. Ich schließe mit einer kritischen Einordnung dieses Gedenkens.

Der *Arbeitskreis Homosexuelle Selbsthilfe – Lesben in der Kirche* entstand 1982/83. Den Anlass bildete das 1982 beschlossene Wehrdienstgesetz, welches eine mögliche Mobilmachung von Frauen* einschloss. Hinzu kam der Wunsch eines Freund*innenkreises aus der homosexuellen Subkultur in Ost-Berlin, Lesben in der DDR sichtbar(er) zu machen und eine Alternative zur als unpolitisch empfundenen Subkultur zu schaffen.¹⁰ Bereits das erste Treffen der Gruppe in einer Privatwohnung im November 1982 wurde von der Polizei, die sich gewaltsam Zugang zu der Wohnung verschafft hatte, aufgelöst.¹¹ Eine Möglichkeit, das faktisch herrschende Versammlungs- und Vereinigungsverbot zu umgehen, bot die Evangelische Kirche. Diese stellte ab Ende der 1970er-Jahre zunehmend mehreren Gruppen ‚Andersdenkender‘ ihre Räume zur Verfügung.¹² Auch für homosexuelle Gruppen gab es die Möglichkeit, sich in Räumen der Gemeinden regelmäßig zu treffen und, beispielsweise im Rahmen der jährlich stattfindenden Friedenswerkstätten, eine Teilöffentlichkeit zu erreichen.¹³ Kurzzeitig arbeiteten die Frauen* zusammen mit Männern* im *Arbeitskreis (AK) Homosexuelle Selbsthilfe*; es kam jedoch schon nach zwei Treffen zu einer Trennung der beiden Gruppen in eine eigenständige Schwulen- und eine Lesbengruppe. Ab Sommer 1983 konnten eigene Veranstaltungen der LiK im vierzehntägigen Rhythmus in der Philipuskapelle in Hohenschönhausen stattfinden. Später war es der Gruppe nach längerer Suche möglich, die zentral gelegenen Räumlichkeiten der Gethsemane-Gemeinde Berlin zu nutzen.¹⁴ Die Treffen wurden von einem kleinen Personenkreis vorbereitet; zu den offenen Veranstaltungen kamen bis zu sechzig Personen. Die Bewerbung der Veranstaltungen war schwierig, da kaum Zugang zu Kopiergeräten bestand. Zudem konnten Programme und andere Publikationen auf Grund des Veröffentlichungsverbots nur mit dem Schutzvermerk „Nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“ vervielfältigt und weitergegeben werden.¹⁵ Persönliche Netzwerke spielten deshalb eine umso größere Rolle.

Als einzige selbständige Lesbengruppe bis in die zweite Hälfte der 1980er-Jahre gaben die LiK wichtige Impulse für die Politisierung von lesbischer Identität.¹⁶ Ihre politische Arbeit war in der nicht-staatlichen Frauenbewegung und der Homosexuellenbewegung der DDR verortet, welche ab 1982 unter dem Dach der Evangelischen Kirche entstand, und muss als Teil der erstarkenden Bürgerrechts- und Oppositionsbewegung in der DDR verstanden werden.¹⁷ Darüber hinaus spielten

die Zweite Welle der Frauenbewegungen und die Homosexuellenbewegungen in anderen Ländern für die Gruppe eine wichtige Rolle. Die Politisierung von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität waren transnationale Prozesse, in denen es zu einer grenzüberschreitenden Rezeption und Adaption von politischen Ideen kam, Einzelpersonen und Gruppen sich vernetzten, gegenseitig unterstützten und teilweise zusammen agierten.

Die Arbeit der Gruppe umfasste Tätigkeiten, die sowohl innerhalb als auch außerhalb wirken sollten; beide Bereiche waren jedoch eng miteinander verwoben.¹⁸ Für die gruppeninterne Arbeit waren die Idee der Selbsthilfe und die sogenannte Coming-Out-Arbeit sowie die Herausbildung einer (politischen) Gruppenidentität bestimmend. Eine zentrale Praxis stellten Gespräche dar, in denen, inspiriert von Konzepten der Selbsterfahrungsarbeit, persönliche Erfahrungen, besonders in Bezug auf die eigene (Homo-)Sexualität und das ‚Frau-Sein‘, geteilt wurden. Zudem wurden Vorträge, Diskussionen und Lesungen veranstaltet, die einen Ort der Begegnung und Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Themen um lesbische Identitäten in Gegenwart und Vergangenheit schufen. Auch gab es Angebote zur gemeinsamen Freizeitgestaltung wie Ausflüge und Feiern.¹⁹ Nach außen wirkte die Gruppe vor allem über ihre Versuche, Lesben und ihre gegenwärtigen und vergangenen Lebenssituationen sichtbar zu machen und zu verbessern. So waren einzelne Mitglieder der Gruppe im Rahmen der wissenschaftlichen Tagungen *Psychosoziale Aspekte der Homosexualität* tätig, welche ab 1985 stattfanden,²⁰ und arbeiteten in diversen Netzwerkgruppen wie den *Mitarbeiter tagungen* der kirchlichen *Arbeitskreise Homosexualität* und der *AIDS-Gruppe* mit.²¹ Darüber hinaus schrieben sie Leser*innenbriefe sowie Eingaben an staatliche Stellen. 1989 ergriffen einige Mitglieder die Möglichkeit an der Radiosendung „Mensch Du – Ich bin lesbisch!“ mitzuarbeiten.²² Auch das Gedenken in Ravensbrück kann als ein Versuch gesehen werden, Lesben sichtbar zu machen.

Für das politische Selbstverständnis des Nationalstaats DDR waren die Überwindung des Faschismus als Gründungsmythos und der daraus resultierende staatliche Antifaschismus fundamental. Als zentrale Orte der Demonstration des Antifaschismus dienten die *Nationalen Mahn- und Gedenkstätten* (NMG) in den ehemaligen Konzentrationslagern (KZ).²³ Das KZ Ravensbrück hatte während des Nationalsozialismus als zentrales und größtes Frauen-Konzentrationslager im Deutschen Reich eine besondere Rolle für die Inhaftierung, Disziplinierung und Ermordung von Frauen* gespielt. Es waren dort von 1939 bis zur Befreiung 1945 123.000 Frauen* inhaftiert,²⁴ von denen etwa 25.000 vor Ort zu Tode kamen.²⁵ Die NMG Ravensbrück wurde in der öffentlichen Erinnerungskultur der DDR als ein Ort des kollektiven Widerstandes von Frauen*, die aus politischen Gründen inhaftiert worden waren, imaginiert. Es war (und ist) auch ein Ort, der stark mit Vorstellungen

von Weiblichkeit verknüpft wurde. Insbesondere etablierte sich bereits in der frühen Nachkriegszeit die Figur der „friedliebenden, entsexualisierten Frau und Mutter“;²⁶ in der Vorstellungen von ‚reiner‘ Weiblichkeit und Nation miteinander verbunden wurden. Daraus folgte ein Ausschluss jener Gruppen aus der offiziellen, die NMG Ravensbrück betreffenden, Erinnerungskultur, die ‚deviante Weiblichkeiten‘ repräsentierten: sogenannte asoziale Häftlinge, lesbische Frauen*, Kriminelle, Prostituierte, Jüd*innen, Sinti*zze und Rom*nija, Zeug*innen Jehovas und andere.²⁷ Es handelte sich dabei nicht zuletzt um Gruppen, die nicht als Teil der sozialistischen Gesellschaft der DDR verstanden wurden. Die Verfolgungsgeschichte von Lesben war also eine neben einer Reihe von anderen, welche in der DDR aus offizieller Erinnerungspolitik und öffentlichem Gedenken ausgeschlossen war; dieser Ausschluss betraf etwa auch homosexuelle Männer*. Erst gegen Ende der 1980er-Jahre pluralisierte sich das Gedenken in Ravensbrück vor allem auf Grund des Engagements verschiedener Gruppen wie der LiK.

Eine wichtige Rolle in den Ausschlussprozessen spielten, besonders in der Nachkriegszeit, die Häftlingsverbände, welche die „wirklichen antifaschistischen Widerstandskämpferinnen“²⁸ – also die politischen Häftlinge und dabei insbesondere die Kommunist*innen – als einzig legitime ‚Opfer des Faschismus‘ verstanden.²⁹ Dies lässt sich beispielhaft an dem Arzt und Aktivist Rudolf Klimmer zeigen, der selbst während des Nationalsozialismus nach § 175 verurteilt worden war und dessen Antrag bei der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes*, Homosexuelle als Opfer des Nationalsozialismus anzuerkennen, abgelehnt wurde. Klimmer setzte sich später auch für eine Wiedergutmachung für die Verurteilten und für die Streichung des § 175 des Reichsstrafgesetzbuchs ein.³⁰ Die durch die Nationalsozialist*innen 1935 verschärfte Fassung des Paragraphen (RGBl. I 1935, 839 und 841) wurde erst 1950 zurückgenommen, die Streichung erfolgte 1968.³¹ Auf dieser Basis setzte sich also eine Kriminalisierung von männlicher Homosexualität in abgeschwächter Form über das Ende des Nationalsozialismus hinaus fort.³² Die Geschichte der Verfolgung homosexueller Menschen während des Nationalsozialismus ist lange Zeit und zum Teil bis heute unerzählt geblieben. Das zeigt sich beispielsweise in einem Mangel an Selbstzeugnissen und dem überschaubaren Forschungsstand zu Lesben.

Die Forschungen zur Verfolgung von Homosexuellen im Nationalsozialismus der letzten drei Jahrzehnte haben die folgenden Ergebnisse erbracht: Im Fokus standen (vermeintlich) schwule Männer*, deren Verurteilungen auf Basis des verschärften § 175 auf etwa 50.000 geschätzt werden.³³ 5.000 bis 6.000 Männer* wurden in Konzentrationslager gebracht und dort mit dem Rosa Winkel markiert, von ihnen überlebten etwa zwei Drittel die Inhaftierung nicht.³⁴ Weibliche Homosexualität war kein Straftatbestand im nationalsozialistischen ‚Altreich‘, dennoch wurden Frauen* auf Grund von sexuell und sozial ‚abweichendem‘ Verhalten denunziert,

verfolgt und teilweise inhaftiert.³⁵ Es gibt nur einige wenige belegte Fälle, bei denen Frauen* explizit auf Grund ihres Lesbisch-Seins verhaftet und in ein KZ eingewiesen wurden.³⁶ Neben diesen Frauen* gab es auch Fälle, bei denen die Homosexualität erschwerend zu einem anderen Inhaftierungsgrund hinzukam.³⁷ Allerdings ist die Verfolgung von Lesben nicht ansatzweise vergleichbar mit der massiven Verfolgung schwuler Männer*. Mit ihnen teilten sie jedoch die Erfahrung der Zerstörung der Subkultur sowie die Einschüchterung und die Einschränkungen von Handlungsräumen auf Grund einer stark heteronormativen Sexualpolitik.³⁸

In den 1950er- und 1960er-Jahren wurde diese Geschichte, auch unter dem Druck der anhaltenden Stigmatisierung und teilweisen Kriminalisierung, nicht aufgearbeitet. Ebenso entstanden, wie erwähnt, kaum Selbstzeugnisse Betroffener. Erst in den 1970er-Jahren begann, zunächst in Westdeutschland im Kontext der entstehenden Homosexuellenbewegung, die Aufarbeitung der NS-Verfolgung Homosexueller. Erstmals wurde dieser Opfergruppe 1975 durch die Niederlegung eines Kranzes im ehemaligen KZ Dachau gedacht. Etwas später gerieten die Schicksale lesbischer Frauen* in den Blick. Doch das erste ausschließlich verfolgte lesbischen Frauen* gewidmete Gedenken fand erst 1984 in Ravensbrück durch die LiK statt.³⁹

Die Auseinandersetzung mit der Verfolgung von Lesben und Schwulen im Nationalsozialismus wurde bereits früh ein Thema der Homosexuellenbewegung in der DDR. Ein besonders interessantes Zeugnis dessen ist das 22 Seiten umfassende Heft *Die Verfolgung der Homosexuellen durch den deutschen Faschismus. Kompilation der erschienenen Literatur*, das von der *Arbeitsgemeinschaft (AG) Schwule Geschichte* herausgegeben wurde. Für das Heft, dessen Recherchen bereits 1984 begonnen hatten, wurde nicht nur westdeutsche und österreichische Literatur ausgewertet, der Journalist und Aktivist Wolfgang Rüdtenklau sah auch Archivunterlagen der NMG Sachsenhausen ein.⁴⁰ Das Heft leistete einen wichtigen Beitrag dafür, die „[h]omosexuelle Szene und politische Organisation der Homosexuellen in der Weimarer Republik“ und in mehreren Teilen die Verfolgung im Nationalsozialismus – mit einem starken Fokus auf Männer* – aufzuarbeiten. Unter der Überschrift „Homosexueller Alltag im 3. Reich“ findet sich auch ein Abschnitt zu Lesben, in dem auf eine Publikation der österreichischen Politologin und Aktivistin Gudrun Hauer Bezug genommen wird. Diese stellte darin klar heraus, dass der verschärfte § 175 nur Männer* betroffen habe und sie zur Lebenssituation von Lesben nur Vermutungen äußern könne. Die Autorin zeigte, auf welche Weise die Nationalsozialist*innen weibliche Homosexualität abwerteten und dass, „wenn es auch keine Rechtsgrundlage für die Bestrafung von Lesbierinnen gab, [...] während des Faschismus homosexuelle Frauen dennoch häufig verhaftet und deportiert [wurden]“.⁴¹ Im Grunde jedoch – das verdeutlicht auch Hauers Beitrag – war unklar, in welchem Umfang dies Lesben traf.

Das Heft der *AG Schwule Geschichte* lag auch den LiK und anderen Gruppen in der DDR vor. Es kann als ein Beispiel für die Versuche der Aktivist*innen gesehen werden, dem Schweigen und der Verdrängung bezüglich des Nationalsozialismus entgegenzutreten. Dabei schufen sie Stück für Stück ein kollektives schwulesbisches Gedächtnis. Auf Basis der Ausarbeitungen veranstaltete beispielsweise am 13. Mai und 22. Juni 1984 der *AK Homosexuelle Selbsthilfe Magdeburg* Abende zum Thema „Die Verfolgung der Homosexuellen durch den deutschen Faschismus“. Zusätzlich zu dem Referat eines Mitarbeiters der *AG Schwule Geschichte* waren auch „drei Gesprächsteilnehmer eingeladen [...], die eigene Erlebnisse als Homosexuelle während des Faschismus wiedergaben“.⁴² Neben der historischen Aufarbeitung und der Kontaktaufnahme zu Zeitzeug*innen fanden ab 1983 regelmäßig Gedenken in den drei NMG Sachsenhausen, Buchenwald und Ravensbrück statt. Sie wurden zu einer wichtigen politischen Praxis der Homosexuellenbewegung.

Bereits 1983 nahmen Mitglieder der LiK an einem Gedenken teil. Am 21. Mai 1983 fuhren rund fünfzehn Personen, darunter auch Mitglieder der Berliner Gruppe *Schwule in der Kirche* und Personen aus Westberlin, zur NMG Sachsenhausen. Bereits am S-Bahnhof Oranienburg wurden sie aufgehalten und ihre Personalien aufgenommen.⁴³ In Sachsenhausen angekommen, sahen sie sich die Ausstellung an und legten ein Blumengebinde ohne Schleife ab. Im Besucher*innenbuch hinterließen sie folgenden mit elf Unterschriften versehenen Eintrag: „Wir gedachten heute der im KZ Sachsenhausen ermordeten homosexuellen Häftlinge. Wir waren sehr betroffen, hier nichts über ihr Schicksal zu erfahren.“ Die geschlechtsneutrale Formulierung, ebenso wie die Zusammensetzung der Gruppe, verweisen auf das gemeinsame lesbisch-schwule Gedenken. Die Verknüpfung des Gedenkens mit dem Wunsch nach Sichtbarkeit der Existenz von homosexuellen Häftlingen und die ritualisierte Form – Kranzniederlegung und Eintrag in das Besucher*innenbuch – sollten bestimmend werden für die Gedenken in den Folgejahren. Gleiches galt für die Präsenz der Stasi, welche 1983 ‚nur‘ beobachtete.⁴⁴ Im gleichen Jahr, am 2. Juli, besuchte eine gemischte Gruppe von 50 Personen, angeregt vom *AK Homosexualität der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) Leipzig*, die NMG Buchenwald. Auch sie trugen sich in das Besucher*innenbuch ein und legten einen Kranz nieder.⁴⁵

Die Gruppe LiK wählte bei ihrem Gedenken 1984 in der Gedenkstätte Ravensbrück bereits im Vorfeld eine offensive Strategie – bewusst wurde die Kirchenleitung über das Vorhaben informiert,⁴⁶ die Gruppe meldete sich als kirchlicher Arbeitskreis in der Gedenkstätte an und sie machte auf ihr historisches Interesse an den lesbischen Häftlingen aufmerksam.⁴⁷ Eine längerfristige Anmeldung als *AK Homosexuelle Selbsthilfe* nahm auch eine Gruppe von etwa 20 Lesben und Schwulen vor, die am 30. Juni 1984 in der NMG Sachsenhausen Kränze niederlegen wollte. Ihnen wurde der Besuch ebenso wie das Ablegen von Kränzen von staatlicher Seite ver-

boten.⁴⁸ Eine Kranzniederlegung in Buchenwald für den gleichen Tag, an der etwa 60 Personen teilnahmen,⁴⁹ wurde vom *AK Homosexualität der ESG Leipzig* organisiert.⁵⁰ Beide Gedenkstättenbesuche waren Teil einer DDR-weit koordinierten Aktion. Das Datum war bewusst gewählt und nahm auf den *Christopher Street Day*, welcher an die *Stonewall Riots* in New York erinnert und damit ein wichtiges transnationales Narrativ der Entstehung der Homosexuellenbewegung darstellt, Bezug. In Buchenwald mussten die Schleifen der Kränze entfernt werden und die vorher vereinbarte Führung fand nicht statt. Bei diesen beiden Gedenkaktionen beobachtete die Stasi also nicht nur, sondern intervenierte auch.⁵¹

Die LiK baten im Vorfeld ihres Besuchs in der NMG Ravensbrück 1984 um die Einsicht in Akten des Archivs von weiblichen Häftlingen, die wegen politischen Gründen, Homosexualität oder Prostitution inhaftiert worden waren. Ihr Interesse begründeten sie wie folgt:

„Sie werden sich fragen, warum wir all diese Informationen sammeln? Wir sind Frauen, und wir haben eine Vergangenheit, eine Geschichte, die es aufzuarbeiten und vor allen Dingen zu verarbeiten gilt, um in unseren [sic] Emanzipationsprozeß und in unserem Selbstverständnis weiter zu kommen.“⁵²

Darin drückt sich deutlich der Wunsch aus, die eigene Identität als Lesben und ihr feministisches Selbstverständnis durch den Blick in die Vergangenheit zu festigen. Das Interesse der Gruppe an der Verfolgung von Lesben im Nationalsozialismus war eingebettet in ein größeres Interesse an Lesben- und Frauengeschichte, welches das langjährige Gruppenmitglied Ramona Drefßler 1992 folgendermaßen beschrieb:

„Alles was Frauen betrifft haben wir diskutiert. [...] Dann interessierten wir uns für Musikerinnen und Schriftstellerinnen, auch aus der Vergangenheit. Und Fragen wie: Was passiert jetzt? Was gibt es an Kreativität unter Frauen? Was machen sie alles? Wo sind unsere Wurzeln? Was ist im Faschismus abgelaufen? Was ist unsere Geschichte?“⁵³

Die Gruppe setzte sich in Form von Vorträgen und Diskussionen mit Themen wie lesbischer und feministischer Geschichte und Literatur auseinander. Diese Themen schlossen an die Entstehung der Frauenforschung im Kontext feministischer Bewegungen in den 1980er-Jahren an.⁵⁴

Das Interesse an Geschichte war aus der intensiven Beschäftigung der Gruppe mit der schwierigen Lebenssituation von Lesben in der Gegenwart entstanden, die sich beispielsweise in dem Verfassen eines vierzehnteiligen *Arbeitspapiers* (1983) zeigte.⁵⁵ Entscheidende Ergebnisse ihrer Analyse waren ein politisches Verständnis von weiblicher* Homosexualität, die Feststellung der Notwendigkeit eines solidarischen lesbischen Selbstbewusstseins und der Wunsch nach Emanzipation. Auf

welche Weise die Auseinandersetzung mit der Gegenwart und der Wunsch, sie durch historisches Wissen besser zu verstehen, miteinander verflochten waren, wird in der folgenden Schilderung von Marina Krug deutlich. Sie war lange bei den LiK aktiv und fuhr auch mit nach Ravensbrück.

„Es war uns klar, wenn wir nach unserer Situation heute fragen, müssen wir uns auch fragen, wie ist die entstanden? Wie ist es dazu gekommen, dass wir da sozusagen gar nicht sichtbar sind und dass [sic] uns, dass wir überhaupt keine Freiräume haben, dass wir keine Orte haben, wo wir uns treffen können, dass wir irgendwie, dass Homosexualität überhaupt gar kein Thema ist in den Medien oder wenn, dann nur als Krankheit oder so. Und sozusagen diesen Schritt zurück zu gehen – was hat dazu geführt?“⁵⁶

Es wurde also von den Aktivist*innen eine Kausalität und darüber hinaus in einem gewissen Maß auch eine Parallelität hergestellt zwischen der Verfolgung von Lesben im Nationalsozialismus und ihrer gegenwärtigen marginalisierten gesellschaftlichen Position.

Das Wissen der Gruppe über die Verfolgung von Lesben im Nationalsozialismus war sehr eingeschränkt. Gleiches trifft auf den akademischen Forschungsstand der damaligen Zeit zu. Für die LiK war die Verfolgung von Homosexuellen im Nationalsozialismus vor allem etwas, von dessen Existenz sie ausgingen, dessen genaue Dimensionen ihnen aber nicht bekannt waren. Im Gegensatz zu anderen Gruppen hatten sie auch keinen Kontakt zu Zeitzeug*innen.⁵⁷ Folglich konnten die LiK keiner konkreten Opfer gedenken. Vielmehr scheint für sie die Vorstellung einer lesbischen Genealogie bestimmend gewesen zu sein, welche ihnen eine historische Rückbindung der sich entwickelnden politischen Identität als Lesben ermöglichte. Darüber hinaus wurde der Besuch in der Gedenkstätte von der Gruppe auch als eine Chance verstanden, eine weitere Öffentlichkeit zu erreichen und die Existenz von Lesben sichtbarer zu machen.⁵⁸

Es gab keine Interventionen im Vorfeld gegen das Gedenken 1984, sodass ungefähr 20 Frauen* am 10. März 1984, anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März, zur NMG Ravensbrück fahren konnten.⁵⁹ Die Wahl des Datums verweist auf Feminismen und Frauenkampf als für die Gruppe relevante politische Bezüge. In Ravensbrück angekommen, legten sie ihren Kranz mit einer Schleife ab, die folgende Inschrift trug: „Zum Gedenken an das Leid der Frauen des ehemaligen KZ Ravensbrück. Arbeitskreis Homosexuelle Selbsthilfe Berlin – Lesben in der Kirche“.⁶⁰ Die Inschrift markiert einerseits Ravensbrück als Ort des Leidens für Frauen*, was dem offiziellen erinnerungspolitischen Diskurs entsprach, andererseits machte sie aber auch die Gruppe sichtbar, welche nicht offiziell anerkannt war. Die Gruppe trug sich in das Besucher*innenbuch mit folgenden Worten ein:

„Unsere Gedanken gelten allen Frauen, die im Konzentrationslager Ravensbrück ihr Leben lassen mussten und gelitten haben, insbesondere unseren lesbischen Schwestern. Außerdem gedenken wir allen Frauen, die noch heute unter Faschismus und Unterdrückung leiden müssen. Arbeitskreis Homosexuelle Selbsthilfe Berlin – Lesben in der Kirche“.⁶¹

Damit zeigten sie wiederum die Existenz ihrer Gruppe und damit von Lesben in der Gegenwart und Vergangenheit auf. Hier findet sich auch erstmals die Formulierung „lesbische Schwestern“, welche auf die Vorstellung einer Genealogie Bezug nimmt und eine Identifikation oder zumindest große gefühlte Nähe der Gruppe zu den im Nationalsozialismus verfolgten Lesben impliziert. Mit Kranzniederlegung, Eintrag in das Besucher*innenbuch und einer Besichtigung der Gedenkstätte folgten auch sie den ritualisierten Formen des Gedenkens. Gleichzeitig drückten sie ihre Anteilnahme am Leiden von Frauen und auch – der unsichtbaren – Lesben im Nationalsozialismus aus. So stellten die LiK fest – zum damaligen Zeitpunkt war noch unklar, ob Lesben auch mit dem Rosa Winkel gekennzeichnet worden waren⁶² –, dass in der NMG die Bedeutung des Rosa Winkels und damit von Homosexualität als möglichem Haftgrund nicht erklärt wurde. Mit Blick auf das Fehlen des Winkels und dessen Bedeutung resümierte Marinka Körzendörfer rückblickend:

„Das war für uns einfach nicht tragbar. Es gab nicht nur EINE Art von Opfer. Es gab nicht nur die bewußten antifaschistischen Opfer, die ins KZ gekommen sind, sondern auch andere und die sind verschwiegen worden. Das wollten wir uns einfach nicht gefallen lassen.“⁶³

Die LiK bezogen sich also bewusst auf die durch starke Exklusion gekennzeichnete offizielle Erinnerungspolitik der DDR und hatten vor, in diese zu intervenieren. Es bestand der Wunsch, den verfolgten und ermordeten Lesben einen Platz in der Erinnerungskultur einzuräumen. Die NMG repräsentierten den antifaschistischen Gründungsmythos der DDR in besonderer Weise – der Versuch, Homosexuelle als ‚Opfer des Faschismus‘ zu etablieren, kann auch als eine Strategie verstanden werden, diese in das nationale Narrativ einzuschreiben.⁶⁴

Die LiK wurden bei ihrem Besuch in Ravensbrück für sie sichtbar überwacht. Einige Tage später kehrten zwei Frauen* zurück und stellten fest, dass der Eintrag in das Besucher*innenbuch und ebenso der Kranz entfernt worden waren. Sie dokumentierten das mit Hilfe eines Fotos, welches den leeren Platz zwischen anderen Kränzen zeigt (siehe Abbildung 1). Diese Fotografie ist auf den ersten Blick paradox, denn anstatt etwas zu dokumentieren, dokumentiert sie dessen Abwesenheit. Genau dadurch aber symbolisiert sie die Unsichtbarkeit, mit der Lesben in der DDR in Bezug auf das kollektive Gedächtnis, die offizielle Erinnerungskultur und die gegenwärtigen Verhältnisse konfrontiert waren. Die beiden hinterließen einen weiteren



*Abb. 1: Dokumentation des fehlenden Kranzes, 1984, Fotograf*in: unbekannt (Privatarchiv Bettina Dziggel)*

Eintrag im Besucher*innenbuch, nur um einige Tage später festzustellen, dass auch dieser wieder entfernt worden war.⁶⁵

Gleichzeitig schrieb die Gruppe Eingaben an das Ministerium für Kultur und Briefe an den Generalsuperintendenten für Berlin II Günter Krusche sowie den Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi. Das Schreiben von Eingaben war eine der wenigen Praktiken, mit denen Bürger*innen der DDR ihre Kritik bezüglich offizieller Politiken zum Ausdruck bringen konnten. Die Eingaben blieben jedoch oft ergebnislos.⁶⁶ Auch die homosexuellen Arbeitskreise machten davon wiederholt Gebrauch. Am 21. August 1984 kam es zu einem inoffiziellen Gespräch zwischen einigen Mitgliedern der Gruppe und zwei Beamten im Ministerium für Kultur, welches jedoch ohne eine genaue Klärung des Vorfalls endete.⁶⁷

Die Gruppe beschloss, weiterhin auf Konfrontation zu gehen. Anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung des KZ Ravensbrück fand eine offizielle Feierlichkeit statt, an der einige der Aktivist*innen der LiK teilnehmen wollten. Diese Feierstunde hätte es ihnen ermöglicht, Lesben einer größeren Öffentlichkeit sichtbar zu machen, gleichzeitig sahen sie es als eine Gelegenheit, „mit ehemaligen Häftlingen des KZ ins Gespräch [zu] kommen, um mehr über das Schicksal unserer lesbischen Schwestern zu erfahren“.⁶⁸ Sie waren also an einem persönlichen Austausch interessiert, um ihrem Mangel an Wissen konkrete Erfahrungsberichte entgegenzusetzen. Bereits im Vorfeld intervenierte die Polizei gegen das Gedenken. Ein Mitglied der LiK hatte

einen Kranz mit Schleife bestellt. Die Schleife sollte die Aufschrift „Wir gedenken des Leides unserer lesbischen Schwestern“⁶⁹ und die elf Vornamen der Personen, die nach Ravensbrück fahren wollten, tragen. Da der Blumenhändlerin das Wort „lesbisch“ verdächtig erschien, meldete sie es der Volkspolizei. So wurde die Person, die den Kranz bestellt hatte, am Tag vor der geplanten Gedenkaktion in die Polizeistation zum Verhör bestellt. Ihr wurde mitgeteilt, dass die Gruppe nicht an der Gedenkfeier teilnehmen dürfe, da sie keine offiziell registrierte Gruppe sei.⁷⁰ Dies stellte eine gängige Strategie dar, um ‚unliebsame‘ Gruppen mundtot zu machen.⁷¹ Die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit war in der DDR generell stark eingeschränkt: Homosexuellen-Gruppen war, ebenso wie anderen Gruppen, in der Vergangenheit die Anerkennung von staatlicher Seite immer wieder verweigert worden.⁷² Bei dem Gespräch in der Polizeistation wurde für den Fall des Versuchs, sich über das Verbot hinwegzusetzen, mit einem hohen Bußgeld für jede einzelne Person gedroht.⁷³ Am Ende des Gesprächs wurde der Aktivistin von dem Polizeibeamten noch hinterhergerufen: „Diskriminieren Sie nicht die Opfer des Faschismus.“⁷⁴ Diese Aussage markiert klar, welche Grenzüberschreitung weibliche* Homosexualität und die Versuche, Lesben als ‚Opfer des Faschismus‘ in die DDR-Erinnerungspolitik einzuschreiben, darstellten.

Die Frauen* beschlossen, trotz dieser Einschüchterungsversuche an der Gedenkfeier teilzunehmen. Als Marinka Körzendörfer und Bettina Dziggel am Morgen der Gedenkfeier die Wohnung verließen, um sich zum Bahnhof zu begeben, wurden sie ab der Haustür für sie sichtbar von einem Mann in Zivil beobachtet und begleitet. Der Sicherheitsapparat demonstrierte damit sein intimes Wissen über sie. Um nicht gegen die Auflagen der Polizei zu verstoßen, fuhren nicht alle elf Personen gemeinsam von Berlin nach Fürstenberg, sondern teilten sich in kleine Gruppen von jeweils zwei bis drei Personen auf, nahmen jedoch alle denselben Zug.⁷⁵ Zu einer Demonstration der staatlichen Macht kam es, als die Gruppe am Bahnhof Fürstenberg, nahe der Gedenkstätte, ankam. So wurden die elf Aktivist*innen unter einem Vorwand von der Transportpolizei festgehalten, nachdem sie aus der Menge herausgesucht worden waren.⁷⁶ Andere Quellen sprechen davon, dass der Bahnhof sogar abgesperrt wurde.⁷⁷ Ihre Ausweise wurden eingesammelt und die Gruppe musste in der Bahnhofshalle warten.⁷⁸

„Nach ungefähr einer viertel Stunde [sic] wurden wir von 30 uniformierten Bereitschaftspolizisten eingekreist und mit beleidigenden Worten, Püffen und festen Handgriffen zu einem Lkw der Bereitschaftspolizei getrieben. Mit Worten wie: ‚Los rauf da. Dalli, dalli. Du wirst Dir Deinen Arsch schon noch breitsitzen [sic].‘, wurden wir unter ständigen körperlichen Belästigungen hinaufbefördert. Auf dem Lkw, der erst lange hielt und dann zu einer kleinen Fahrt durch Fürstenberg und Umgebung aufbrach, wurden wir von neun

Uniformierten bewacht. Diese schwiegen im Gegensatz zu uns meist oder äußerten Sätze wie ‚Lieber eine tote Sau ficken‘ – sowie auf die Frage nach dem Wohin der Fahrt: ‚Wo ihr hingehört, ins Arbeitslager.‘ [...] Beim Halt auf freier Strecke forderten wir, austreten zu dürfen. Die Genehmigung dazu mußte erst vom Vorgesetzten eingeholt werden und wurde mit der Frage: ‚Wo ist die Puppe, die pissen muß?‘ erteilt. Auf unsere Bitte, die Plane hochzuschlagen, da die Luft im Lkw stickig sei, erhielten wir zur Antwort: ‚Macht doch die Hosen zu!‘ Wir fuhren wieder nach Fürstenberg und hielten vor der Schule ‚Deutsch-Sowjetische Freundschaft‘. Wir blieben sitzen und wurden aus dem Lkw herausgezerrt, geschleift. Es wurde auch vorgeschlagen, uns einfach auf die Erde fallen zu lassen. Eine Frau wurde tatsächlich vom Lkw heruntergestoßen.“⁷⁹

Nachfolgend wurden sie in einem Klassenzimmer festgehalten, bewacht und anschließend einzeln durch zivile Beamte der Kriminalpolizei befragt – zu dem geplanten Gedenken und teilweise auch zu ihren Eltern. Bis zum Ende der Feierlichkeiten wurden sie in der Schule festgehalten⁸⁰ und erhielten schließlich die Genehmigung, sich in Fürstenberg aufzuhalten; sie durften jedoch die Gedenkstätte Ravensbrück nicht betreten.⁸¹ Bis zur Zugabfahrt und während der Rückfahrt nach Berlin wurden sie wiederum von Männern* in Zivilleidung begleitet.⁸²

Das drastische Vorgehen der Polizei lässt sich auch aus der Einschätzung der Gruppe durch die Stasi erklären: So hieß es, die Gruppe „benutzt bewußt ‚Freiräume‘ der Kirche, um Personen zu sammeln“, dabei „wird eine Konfrontation mit Staat und Gesellschaft angestrebt“.⁸³ Darüber hinaus verdächtig waren aus Perspektive der Stasi die engen Verbindungen der LiK mit anderen Frauen*, Friedens- und Homosexuellengruppen in der DDR und in ‚nicht-sozialistischen‘ Ländern sowie die staatskritische Haltung einiger Gruppenmitglieder.⁸⁴ Die Konsequenz waren Überwachung und andere Formen der Repression.⁸⁵ In der *Sachverhaltsschilderung* der Ereignisse, erstellt von der Bezirksverwaltung (BV) Potsdam am 23. Mai 1985, entfaltet sich ein deutlich anderes Narrativ als in der Eingabe der LiK. Im Ablauf der Geschehnisse unterscheiden sich die beiden Schilderungen nicht, im Dokument der BV wird allerdings die verbale und körperliche Gewalt der Polizisten nicht erwähnt. Zudem wird immer wieder betont, wie provokant die Gruppe sich verhalten hätte. So wird beispielsweise behauptet, die Gruppe sei bereits während der Zugfahrt durch „lautes Singen [und] äußerst nachlässige Kleidung“ aufgefallen, auf die Aufforderung am Bahnhof „sich ordentlich zu benehmen“ hätte sie „nahezu hysterisch/aggressiv“ reagiert und hätte den Polizisten zudem „obszöne“ Dinge zugerufen wie „Ihr wollt uns wohl f...“. Die Beschreibungen scheinen insgesamt getragen von der Figur der hysterischen, bedrohlichen und übersexualisierten Frau*, wobei besonders folgende hervorzuheben ist: „Zum Entsetzen der jungen Polizisten nahmen einige gegenseitig sexuelle Manipulationen vor.“ Was darunter genau verstanden wurde, wird nicht

weiter ausgeführt; der Grund des „Entsetzens“ bleibt unklar, betont werden dadurch die vermeintlichen Grenzüberschreitungen und Provokationen sowie die ‚Andersartigkeit‘ der Gruppe. Das Vorgehen der Polizei erscheint als logische Konsequenz daraus; dabei werden in der Schilderung auch die Täter-Opfer-Rollen verkehrt. Aus dem Dokument geht darüber hinaus klar hervor, dass von Anfang an geplant war, die LiK von der Teilnahme an der Feierstunde abzuhalten.⁸⁶

Ein anderes Gedenken im Jahr 1985 verlief friedlicher: In der Gedenkstätte Sachsenhausen gedachten Aktivist*innen der homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus. Eine Person hielt eine Rede an dem Denkmal, anschließend wurde ein Kranz mit Schleife niedergelegt.⁸⁷ Der unterschiedliche Verlauf der Gedenkanlässe liegt darin begründet, dass die angestrebte Teilnahme an der großen Gedenkfeier durch die LiK eine Öffentlichkeit von bzw. für Lesben erzeugt hätte, welche von Seiten der Stasi unerwünscht war. Andere Veranstaltungen von homosexuellen Arbeitskreisen fanden ohne eine größere Öffentlichkeit statt und waren so aus Sicht der Stasi weniger gefährlich.⁸⁸

Die Situation in Ravensbrück 1985 war für die Frauen* charakterisiert durch Gefühle von Angst und Unsicherheit – so riefen sie während der LKW-Fahrt auch um Hilfe.⁸⁹ Das Vorgehen der Polizei und Stasi machte in drastischer Form sichtbar, wie genau die Aktivitäten der Gruppe überwacht wurden und dass es dabei auch ein Gewaltpotenzial gab. Die Mitglieder der Gruppe reagierten darauf in unterschiedlicher Weise. Zum einen beschlossen noch mehr Personen, Ausreiseanträge zu stellen – bereits seit 1983 hatten regelmäßig Gruppenmitglieder die DDR verlassen. Die Ereignisse in Ravensbrück wurden von einigen als traumatisch wahrgenommen. Andererseits stellte Ramona Dreßler rückblickend fest: „[D]ie Situation war ziemlich scharf und hat die Gruppe im Nachhinein unheimlich zusammengehalten. [...] Das hat unheimlich viel in unserer Gruppe in Bewegung gebracht. Das war etwas ganz Starkes.“⁹⁰ Das Geschehen hatte eine emotionale Intensität, welche auch den Zusammenhalt stärkte, zu einem entschlossenen Vorgehen der Gruppe beitrug, diese Erfahrungen sichtbar zu machen, und teilweise zu einer Radikalisierung ihrer politischen Haltung führte.⁹¹

So wurden mehrere Gedächtnisprotokolle verfasst, die alle dem oben zitierten ähneln. Ebenso schrieb die Gruppe Briefe an die Schriftstellerin Christa Wolf, an Anni Sindermann, die Vorsitzende der nationalen Lagergemeinschaft Ravensbrück, und an Emmy Handke, die Generalsekretärin des *Internationalen Lagerkomitees Ravensbrück*. Diese Aktion hatte jedoch nicht den gewünschten Erfolg.⁹² Vermutlich auch als Reaktion auf das Gespräch am 3. Mai 1985 mit Anni Sindermann, die sich ablehnend gegenüber Homosexualität und den Anliegen der LiK zeigte,⁹³ sendeten mehrere Gruppenmitglieder noch am gleichen Tag das Gedächtnisprotokoll als Eingabe mit dem Betreff „Unmenschliche Behandlung durch Polizeibeamte“ an

das Ministerium des Innern.⁹⁴ Die Eingabe bemühte sich deutlich, das Gedenken der Gruppe zu legitimieren. So wird gleich zu Beginn auf die vielen Frauen*, welche in Ravensbrück inhaftiert gewesen und gestorben waren, und insbesondere auf die Lesben unter ihnen, verwiesen. Weiterhin wird auch die vermeintliche Kontinuität zwischen der damaligen Diskriminierung und der Diskriminierung in der DDR thematisiert – „Wir lesbischen Frauen fühlen uns auch noch heute, der Bericht ist ein markantes Beispiel dafür, diskriminiert.“⁹⁵ Am 31. Mai 1985 kam es dann zu einem inoffiziellen Treffen mit zwei Beamten des Ministeriums des Inneren, „die sich in seinem Namen in aller Form für das Vorgehen der Bereitschaftspolizisten gegenüber uns entschuldigten [...] sowie eine Überprüfung der Möglichkeit der Ehrung von homosexuellen Opfern des Faschismus versprachen.“⁹⁶ Eine schriftliche Entschuldigung von Seiten des Ministeriums sollte es allerdings nicht geben.⁹⁷ Das Vorgehen der Polizei wurde mit dem Verdacht auf eine illegale Vereinigung und dem angeblichen Schutz vor den negativen Reaktionen der Bevölkerung gerechtfertigt.⁹⁸ Abzüge des Berichts über die Ereignisse in Ravensbrück wurden von den LiK auch bei der *Friedenswerkstatt* 1985 verteilt, um die Kirchenöffentlichkeit über die Ereignisse zu informieren.⁹⁹



Abb. 2: Kranzniederlegung, 1986, Fotograf*in: unbekannt (Privatarchiv Bettina Dziggel)

In der Folge nahmen die LiK auch Kontakt zur Friedensgruppe *Aktion Sühnezeichen* auf, deren Fürsprache gegenüber der NMG Ravensbrück dazu führte, dass die

LiK am 20. April 1986, dem 41. Jahrestag der Befreiung, die Gedenkstätte besuchen konnten und eine Führung durch den Direktor bekamen. Darin wurde nun zu ihrer Zufriedenheit auch die Bedeutung des Rosa Winkels thematisiert.¹⁰⁰ Sie legten einen Kranz ab, auf dessen Schleife sie mit Filzstift geschrieben hatten: „Wir gedenken des Leides der Opfer des Faschismus, insbesondere der homosexuellen Frauen“ (siehe Abbildung 2) und hinterließen einen fast wortgleichen Eintrag mit sechs Unterschriften im Besucher*innenbuch: „Wir gedenken des Leides der Opfer des Faschismus, insbesondere der Homosexuellen.“¹⁰¹ Dieser wurde wiederum entfernt, wie sie einige Tage später feststellen konnten.¹⁰² Darüber hinaus existiert ein *Beobachtungsbericht* der Stasi, erstellt von der BV Potsdam.¹⁰³ Aus den Akten der Stasi geht hervor, dass die Nicht-Intervention in das Gedenken 1986 bewusst festgelegt war. Im Vorfeld wurde darüber hinaus dafür gesorgt, dass genügend Kränze vor Ort waren, um jenen der LiK zu überdecken, und dass das Besucher*innenbuch schon fast voll war, so dass es kurz nach dem Besuch durch ein neues ersetzt werden ‚musste‘.¹⁰⁴

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass lesbisch-schwule Geschichte, dabei besonders die Verfolgungsgeschichte von Homosexuellen im Nationalsozialismus, ein wichtiges Thema für die entstehende Homosexuellenbewegung in der DDR war. Die LiK widmeten sich der lesbischen Seite dieser Geschichte und versuchten mit ihrem Gedenken in Ravensbrück explizit die Verfolgung von Lesben im Nationalsozialismus sichtbar zu machen. Interessanterweise wurden die Disziplinierung und Stigmatisierung, welche in den 1950er- und -60er-Jahren stattfand, nicht aufgearbeitet, obwohl sie zeitlich näher lagen.¹⁰⁵ Zentrale Bezugspunkte des sich entwickelnden lesbisch-schwulen kulturellen Gedächtnisses wurden stattdessen die ‚Goldenen Zwanziger‘ in Berlin, die Verfolgung während des Nationalsozialismus sowie der *Christopher Street Day*, wobei dieser ein verbindendes Element zur transnationalen, insbesondere US-amerikanischen, Homosexuellenbewegung darstellte. In der detaillierten Dokumentation der Ereignisse um das Gedenken in Ravensbrück durch die LiK drückt sich ein ausgeprägtes Geschichtsbewusstsein der Gruppe aus, welches sich nicht nur auf die Vergangenheit, sondern auch auf die Zukunft richtete. Damit wirkten sie der Unsichtbarkeit ihrer eigenen Geschichte entgegen und ermöglichten die historische Aufarbeitung der Geschehnisse.

Das Gedenken der LiK in Ravensbrück war weniger Trauerarbeit als vielmehr ein identitätspolitischer Akt. Dabei fungierte dieses Gedenken als eine politische Praxis, durch welche sich die Aktivist*innen Ravensbrück als einen Ort auch lesbischer Geschichte aneignen konnten. Ravensbrück wurde so eine topographische Manifestation lesbischer Vergangenheit. Gleichzeitig war es ein Versuch, Lesben als ‚Opfer des Faschismus‘ in den antifaschistischen Gründungsmythos der DDR ein-

zuschreiben. Die LiK hatten nur ein beschränktes Wissen zum Umfang und der Art und Weise der Verfolgung von Lesben im Nationalsozialismus. Die Vorstellung des Leides lesbischer Häftlinge stützte sich also weniger auf Fakten, sondern mehr auf Vermutungen und eine ‚gefühlte‘ Schwesternschaft.

Von Seiten der Gruppe wurde nicht nur mit dem Bild der Schwesternschaft, sondern auch dem wiederkehrenden Verweis auf die Kontinuität der Diskriminierung das Narrativ einer lesbischen Genealogie entwickelt. So wurde die Vorstellung von lesbischer Geschichte und Verbundenheit über Generationen hinweg geschaffen. Ob eine solche legitim ist oder nicht, wird in der Forschung und in der erinnerungspolitischen Praxis auch im vereinten Deutschland durchaus kontrovers diskutiert. Auf der einen Seite wird argumentiert, dass auch Homosexuelle in den nachfolgenden Generationen unter den Auswirkungen eben jener intensiven Homosexuellenfeindlichkeit und den daraus resultierenden Traumata litten und leiden und folglich ihre Identität dadurch mitbestimmt sei.¹⁰⁶ Dem wird auf der anderen Seite entgegnet, dass durch die Identifikation mit den Opfern „die Differenz zwischen der historischen Realität der Häftlinge und der aktuellen Realität der Nachgeborenen [...] ausgelöscht“ werde.¹⁰⁷ In jedem Fall handelte es sich bei den Gedenken der LiK um eine Erinnerungspraxis, welche sich allein auf die Opfer konzentrierte, sich teilweise mit ihnen identifizierte,¹⁰⁸ und dabei mögliche Täterschaften von Lesben im Nationalsozialismus nicht miteinbezog.¹⁰⁹

Bei aller legitimen Kritik an Identitätspolitik sollten nicht die schwierigen Realitäten, mit denen die Aktivist*innen konfrontiert waren und aus denen heraus sie handelten, ignoriert werden: Lesben waren in der DDR bis in die 1980er-Jahre unsichtbar und mit einer heteronormativen, teilweise homosexuellenfeindlichen Gesellschaft konfrontiert, die für Frauen* eine schematische Biografie entlang der Faktoren Lohnarbeit, Ehe und Kinder vorsah und Abweichungen davon lediglich im Privaten duldete. Die Möglichkeitsräume, sich politisch für die Verbesserung dieser Lebensumstände einzusetzen, waren stark beschränkt. In diesem Sinne kann das Gedenken der LiK in Ravensbrück auch als mutige Intervention im mehrfachen Sinne in eine heteronormative Erinnerungskultur und Gesellschaft verstanden werden. Nicht zuletzt waren die zunehmende Sichtbarkeit, politische Arbeit und transnationale Vernetzung von Lesben-, Schwulen- und Homosexuellengruppen, neben dem Versuch auf die Ausbreitung von Aids zu reagieren, Gründe dafür, dass in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre neue Wege in der ‚offiziellen‘ Homosexuellenpolitik gesucht wurden.

Anmerkungen

- 1 Die Begriffe „Lesben“, „Schwule“, „Homosexuelle“ und „Queers“ werden in diesem Artikel als Selbstbezeichnungen der Akteur*innen verwendet und entsprechen dem Sprachgebrauch der Quellen. Dahinter verbergen sich plurale Erfahrungen, Identifikationen und Positionierungen, die allerdings darin vereint sind, dass sie sich eindeutigen Bezeichnungen und der heteronormativen Matrix entziehen.
- 2 Vgl. Ann Cvetkovich, *An Archive of Feelings. Trauma, Sexuality, and Lesbian Public Cultures*, Durham/London 2003, 278.
- 3 Ich danke Elisa Heinrich und Johann Kirchknopf für ihre wertschätzenden Anmerkungen und die Begleitung im Entstehungsprozess des Artikels, den Gutachter*innen und Redakteur*innen für ihre konstruktive Kritik, meinen Kolleg*innen im kulturhistorischen Kolloquium an der Universität Leipzig für die sorgfältige, kritische Lektüre des Textes, Andrea für finale Korrekturen sowie Bettina Dziggel für die Abdruckgenehmigung der beiden Fotografien und das Teilen von Erinnerungen.
- 4 Vgl. Meike Penkwitt, *Erinnern und Geschlecht*, in: *Freiburger FrauenStudien* 19 (2006), 1–26, 6–8.
- 5 Vgl. Maria Bühner, „Beiträge für eine Chronik, die vielleicht einmal geschrieben wird“. Perspektiven auf den Forschungsstand zu Lesben in der DDR, in: Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt/Gunda Werner Institut (Hg.), *Das Übersehenwerden hat Geschichte. Lesben in der DDR und der Friedlichen Revolution*. Halle an der Saale/Berlin 2015, 110–120.
- 6 Marina Krug, *Die Gruppe Lesben in der Kirche in Berlin/DDR – November 1982 bis Sommer 1986*, in: Gabriele Dennert/Christiane Leidinge/Franziska Rauchut (Hg.), *In Bewegung bleiben. 100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Lesben*, Berlin 2007, 109–112; Marinka Körzendörfer, *Politisch aktive Lesben unter dem Dach der evangelischen Kirche. Herbst 1986 bis 1989*, in: ebd., 113–117; Samirah Kenawi, *Konfrontationen mit dem DDR-Staat. Politische Eingaben und Aktionen von Lesben am Beispiel Ravensbrück*, in: ebd., 118–121; Dies., *Zeigen wir uns, damit man uns nicht verleugnen kann. Die „Lesben in der Kirche“ Berlin*, unveröffentlichtes Manuskript, GrauZone Archiv Berlin 2003; Dies., *Die Ersten werden die Letzten sein. Thesen zur Lesbenbewegung in der DDR*, in: Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) – Landesverband Sachsen-Anhalt e.V./Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt (Hg.), *Lesben und Schwule in der DDR. Tagungsdokumentation*, Halle an der Saale 2008, 57–65; Ursula Sillge, *Un-Sichtbare Frauen. Lesben und ihre Emanzipation in der DDR*, Berlin 1991.
- 7 Songül Bitiş/Samira Mahmud/Colin Müller/Marie Schlingmann, *warum wir so gefährlich waren. Geschichten eines inoffiziellen Gedenkens*, Dokumentationsfilm, Berlin 2006, 50 Min., Seminararbeit Institut für Kulturwissenschaften der Humboldt Universität; Christina Karstädt/Anette von Zitzewitz, *...viel zuviel verschwiegen*, Dokumentationsfilm, Deutschland 1992, 78 Min. Die Interviews und Recherchen für letzteren Film wurden veröffentlicht in: Dies., *...viel zuviel verschwiegen. Eine Dokumentation von Lebensgeschichten lesbischer Frauen aus der Deutschen Demokratischen Republik*, Berlin 1996.
- 8 Vgl. Sven Reichardt, *Praxeologische Geschichtswissenschaft. Eine Diskussionsanregung*, in: *Sozial. Geschichte*. 22/3 (2007), 43–65.
- 9 Ebd., 44.
- 10 Vgl. Karstädt/Zitzewitz, *Dokumentation*, 1996, 156–157.
- 11 Vgl. Krug, *Gruppe*, 2007, 109.
- 12 Vgl. Stefanie Krautz, *Lesbisches Engagement in Ost-Berlin 1978–1989*, Marburg 2009, 53.
- 13 Vgl. Karstädt/Zitzewitz, *Dokumentation*, 1996, 156–157.
- 14 Vgl. ebd., 157–159.
- 15 Vgl. Krug, *Gruppe*, 2007, 110–111.
- 16 Vgl. Körzendörfer, *Lesben*, 2007, 114–116. Weiterführend zur Herausbildung von lesbischer Identität als politischer Identität in der DDR siehe Andrea Bettels, *Wie ist kollektives politisches Handeln möglich? Eine Fallstudie am Beispiel von Berliner Lesbengruppen in der DDR in den 80er Jahren – mit der Kategorie politische Identität*, unveröffentlichte Magisterarbeit, Humboldt Universität zu Berlin 2003 sowie Maria Bühner, *„[W]ir haben einen Zustand zu analysieren, der uns zu Außenseitern macht“ – Lesbischer Aktivismus in Ost-Berlin in den 1980er-Jahren*, in: Themenportal Europäische Geschichte. Clio Online 2017, www.europa.clio-online.de/essay/id/artikel-4126 (30.11.2017).

- 17 Vgl. Rüdiger Lautmann, Warum vergisst die Geschichtsschreibung zur späten DDR den Beitrag der Schwulen und Lesben?, in: LSVD – Landesverband Sachsen-Anhalt e.V./Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt (Hg.), *Lesben und Schwule in der DDR. Tagungsdokumentation*, Halle an der Saale 2008, 117–135 sowie Samirah Kenawi, *Frauengruppen in der DDR der 80er Jahre. Eine Dokumentation*, Berlin 1995, 83–86.
- 18 Vgl. Krautz, *Engagement*, 2009, 60–66.
- 19 Vgl. Die gesammelten Programme der Gruppe finden sich auch in Kenawi, *Lesben*, 2003.
- 20 Vgl. Sektion Ehe und Familie der Gesellschaft für Sozialhygiene der DDR/Sektion Andrologie der Gesellschaft für Dermatologie (Hg.), *Psychosoziale Aspekte der Homosexualität*, Manuskriptdruck, Jena 1986; dies. (Hg.), *Psychosoziale Aspekte der Homosexualität. II. Workshop*, Jena 1989.
- 21 Vgl. Kenawi, *Frauengruppen*, 1995, 84.
- 22 Vgl. Christiane Schenk, *Wir im Rundfunk. „Mensch Du – Ich bin lesbisch“*, in: Günther Grau (Hg.), *Lesben und Schwule – was nun? Frühjahr 1989 bis Frühjahr 1990. Chronik – Dokumente – Analysen – Interviews*, Berlin 1990, 88–90.
- 23 Vgl. Insa Eschebach, *Öffentliches Gedenken. Deutsche Erinnerungskulturen seit der Weimarer Republik*, Frankfurt am Main/New York 2005, 135–162.
- 24 Vgl. dies., *Die Frauen von Ravensbrück. Geschlechterbilder im Ravensbrück-Gedächtnis*, in: dies. (Hg.), *Homophobie und Devianz. Weibliche und männliche Homosexualität im Nationalsozialismus*, Berlin 2012, 149–166, 149.
- 25 Vgl. Alyn Beßmann/Insa Eschebach (Hg.), *Das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück. Geschichte und Erinnerung*, Berlin 2013, 11, 239. Ravensbrück war jedoch nicht nur ein Frauen-Konzentrationslager, sondern umfasste das sogenannte Jugendschutzlager Uckermark für als ‚asozial‘ verfolgte Mädchen*, ein Lager für circa 20.000 männliche* Häftlinge und das Siemenslager (vgl. Insa Eschebach, *Die Frauen von Ravensbrück. Geschlechterbilder im Ravensbrück-Gedächtnis*, in: dies. (Hg.), *Homophobie und Devianz. Weibliche und männliche Homosexualität im Nationalsozialismus*, Berlin 2012, 149–166, 149).
- 26 Eschebach, *Frauen*, 2012, 151.
- 27 Vgl. ebd., 152.
- 28 *Tagung der Zentralen Arbeitsgemeinschaft Ravensbrück in Berlin 1948, Stenograf. Mitschrift, RA I/3-5 XXXVI 61-115, Sammlungen Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück/Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten*, Bl. 40, zitiert nach ebd., 151.
- 29 Vgl. ebd., 151–152.
- 30 Vgl. Erik Jensen, *The Pink Triangle and Political Consciousness. Gays, Lesbians, and the Memory of Nazi Persecution*, in: *Journal of the History of Sexuality* 11/1–2 (2000), 319–349, 323.
- 31 Der neueingeführte § 151 DDR-StGB kriminalisierte gleichgeschlechtliche ‚sexuelle Handlungen‘ zwischen einer minder- und einer volljährigen Person; der Paragraph wurde 1989 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Mit dem neu eingeführten § 151 war erstmals in der jüngeren deutschen Geschichte auch lesbische Sexualität zum Teil kriminalisiert worden. Vgl. Christian Schulz, *Paragraph 175. (abgewickelt). Homosexualität und Strafrecht im Nachkriegsdeutschland – Rechtsprechung, juristische Diskussionen und Reformen seit 1945*, Hamburg 1994, 51–54. In welchem Ausmaß der Paragraph Anwendung fand, ist noch nicht aufgearbeitet.
- 32 Vgl. Jens Dobler, *Der Hundertfünfundsiebzig blieb... noch ein bisschen*, in: *Sonntags-Club* (Hg.), *Verzaubert in Nord-Ost. Die Geschichte der Berliner Lesben und Schwulen in Prenzlauer Berg, Pankow und Weißensee*, Berlin 2009, 137–142.
- 33 Vgl. Hans-Georg Stümke, *Homosexuelle in Deutschland. Eine politische Geschichte*, München 1989, 127.
- 34 Vgl. Günter Grau, *Homosexualität in der NS-Zeit. Dokumente einer Diskriminierung und Verfolgung*, Frankfurt am Main 2004, 327. In den 1970er-Jahren vorgenommene Untersuchungen waren auf eine Zahl von 10.000 bis 15.000 Inhaftierungen gekommen (vgl. ebd.).
- 35 Vgl. Claudia Schoppmann, *Zwischen strafrechtlicher Verfolgung und gesellschaftlicher Ächtung. Lesbische Frauen im „Dritten Reich“*, in: Eschebach (Hg.), *Homophobie*, 2012, 35–51; Jens Dobler, *Unzucht und Kuppelei. Lesbenverfolgung im Nationalsozialismus*, in: ebd., 53–62 sowie Samuel Huneke, *The Duplicity of Tolerance. Lesbian Experience in Nazi Berlin*, in: *Journal of Contemporary History* 0/0 (2017), <https://doi.org/10.1177/0022009417690596>, 1–30.

- 36 Vgl. Claudia Schoppmann, Zur Situation lesbischer Frauen in den Konzentrationslagern, in: Olaf Mußmann (Hg.), *Homosexuelle in Konzentrationslagern*, Berlin/Bonn 2000, 139–144, 139–141.
- 37 Vgl. dies., *Nationalsozialistische Sexualpolitik und weibliche Homosexualität*, Pfaffenweiler 1991, 232. Für Portraits von vier inhaftierten Frauen vgl. dies., Elsa Conrad – Margarete Rosenberg – Mary Pünjer – Henny Schermann. Vier Portraits, in: Eschebach (Hg.), *Homophobie*, 2012, 97–111.
- 38 Weiterführend zur Lebenssituation von LSBTIQ-Personen im Nationalsozialismus und möglichen Forschungszugängen vgl. diverse Beiträge in: Michael Schwartz (Hg.), *Homosexuelle im Nationalsozialismus. Neue Forschungsperspektiven zu Lebenssituationen von lesbischen, schwulen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen 1933 bis 1945*, München 2014.
- 39 Vgl. Jensen, *Triangle*, (2000), 321–336.
- 40 Vgl. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Ministerium für Staatssicherheit (MfS), Bezirksverwaltung (BV) Erfurt, Abteilung Büro der Leitung (BdL), Nr. 1136, Blatt (Bl.) 3.
- 41 Robert-Havemann-Gesellschaft Berlin (RHG)/GrauZone (GZ)/A1/1433, AG Schwule Geschichte, Die Verfolgung der Homosexuellen durch den deutschen Faschismus. Kompilation der erschienenen Literatur, Berlin, 11–12.
- 42 BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, Nr. 4940, Bl. 10.
- 43 Vgl. RHG/GZ/A1/1470, Marinka Körzendörfer, Zur Geschichte des Berliner Lesbenkreises, [o.O.] 1988.
- 44 Vgl. BStU, MfS, Hauptabteilung (HA) XX, Nr. 12398, Bl. 35.
- 45 Vgl. BStU, MfS, BV Erfurt, BdL, Nr. 1136, Bl. 4.
- 46 Vgl. RHG/GZ/A1/1444, Brief an den Generalsuperintendent Krusche 1984.
- 47 Vgl. ebd., Bitte um die Führung und Kranzniederlegung in der NMG Ravensbrück.
- 48 Vgl. ebd., Bericht zu dem Besuch der NMG Sachsenhausen am 30. Juni 84.
- 49 Vgl. BStU, MfS, BV Erfurt, BdL, Nr. 1136, Bl. 4.
- 50 Vgl. BStU, Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (BVfS) Leipzig, Kreisdienststelle für Staatssicherheit (KdFS) Leipzig-Stadt, Nr. 1374, Bl. 15.
- 51 Vgl. Josie McLellan, *Love in the Time of Communism. Intimacy and Sexuality in the GDR*, Cambridge 2011, 124–125.
- 52 RHG/GZ/A1/1444, Brief an die Leiterin des Archivs in Ravensbrück.
- 53 Karstädt/Zitzewitz, *Dokumentation*, 1996, 161.
- 54 Vgl. Penkwitt, *Erinnern*, (2006), 4.
- 55 Vgl. RHG/GZ/A1/1453, Marina Krug/Gabi Baum, Arbeitspapier des Arbeitskreises Homosexuelle Selbsthilfe Berlin, [o.O.] 1983.
- 56 Bitiş/Mahmud/Müller/Schlingmann, *Geschichten*, 2006.
- 57 Vgl. unveröffentlichtes Interview der Autorin mit Bettina Dziggel, langjähriges Mitglied der LiK, am 13. Juli 2016.
- 58 Vgl. Kenawi, *Konfrontationen*, 2007, 118.
- 59 Vgl. RHG/GZ/A1/1444, Brief an Emmy Handke, 25. April 1985.
- 60 Ebd., Eingabe an den Minister für Kultur Hans-Joachim Hoffmann vom 20. März 1984, zitiert nach: Kristine Schmidt, *Lesben und Schwule in der Kirche*, in: *Sonntags-Club* (Hg.), Nord-Ost, 2009, 198–220, 216.
- 61 Zitiert nach: ebd.
- 62 Vgl. Schoppmann, *Sexualpolitik*, 1991, 228–230.
- 63 Karstädt/Zitzewitz, *Dokumentation*, 1996, 168.
- 64 Vgl. McLellan, *Love*, 2011, 126.
- 65 Vgl. Karstädt/Zitzewitz, *Dokumentation*, 1996, 171.
- 66 Vgl. Schmidt, *Lesben*, 2009, 218.
- 67 Vgl. RHG/GZ/1444, Schilderung der Erfahrungen bei dem versuchten Gedenken.
- 68 RHG/GZ/A1/1444, Brief Emmy Handke.
- 69 Karstädt/Zitzewitz, *Dokumentation*, 1996, 169.
- 70 Vgl. RHG/GZ/A1/40, Gedächtnisprotokoll Gespräch Kriminalpolizei, 18. April 1985.
- 71 Vgl. Jan Wielgohs, *DDR – regimekritische und politisch-alternative Akteure (1949–1990)*, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt am Main 2008, 109–131, 120.

- 72 Vgl. ebd. sowie als ein Beispiel Josie McLellan, Glad to be Gay Behind the Wall. Gay and Lesbian Activism in 1970s East Germany, in: *History Workshop Journal* 74/1 (2012), 105–130, 123.
- 73 Vgl. RHG/GZ/A1/40, Gedächtnisprotokoll.
- 74 RHG/GZ/A1/39, Eingabe an das Ministerium des Innern, 3. Mai 1985.
- 75 Vgl. Karstädt/Zitzewitz, Dokumentation, 1996, 169; 180–181.
- 76 Vgl. RHG/GZ/A1/39, Eingabe.
- 77 Vgl. Kenawi, *Ersten*, 2008, 65.
- 78 Vgl. RHG/GZ/A1/39, Eingabe.
- 79 Ebd.
- 80 Vgl. Karstädt/Zitzewitz, Dokumentation, 1996, 169.
- 81 Vgl. ebd.
- 82 Vgl. Kenawi, *Konfrontationen*, 2007, 120.
- 83 BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 853, Bl. 279.
- 84 Vgl. BStU, BVfS Potsdam, AKG, Nr. 260, Bl. 27–29.
- 85 Vgl. bspw. BStU, MfS, HA XX, Nr. 12398, Bl. 26–28.
- 86 Vgl. BStU, MfS, HA XX/9, Nr. 2039, Bl. 4–6.
- 87 Vgl. Kenawi, *Lesben*, 2003, 87.
- 88 Vgl. dies., *Ersten*, 2008, 64.
- 89 Vgl. RHG/GZ/A1/39, Eingabe.
- 90 Karstädt/Zitzewitz, Dokumentation, 1996, 170.
- 91 Vgl. ebd., 170–173.
- 92 Vgl. ebd., 170; RHG/GZ/A1/1444, Brief Emmy Handke.
- 93 Vgl. RHG/GZ/A1/1444, Gedächtnisprotokoll Gespräch mit Anni Sindermann.
- 94 Vgl. Schmidt, *Lesben*, 2009, 218.
- 95 RHG/GZ/A1/39, Eingabe. Hervorhebung im Original.
- 96 RHG/GZ/A1/1444, Gedächtnisprotokoll und teilweise Mitschrift vom 31. Mai 1985, 13.00 bis 14.30 Uhr über das Gespräch bezüglich unserer Eingabe vom 3. Mai 1985.
- 97 Vgl. Karstädt/Zitzewitz, Dokumentation, 1996, 170.
- 98 Vgl. RHG/GZ/A1/1444, Gedächtnisprotokoll, 31. Mai 1985.
- 99 Vgl. Sillge, *Frauen*, 1991, 98.
- 100 Vgl. RHG/GZ/A1/1444, Schilderung.
- 101 Vgl. Eschebach, *Frauen*, 2012, 154.
- 102 Vgl. RHG/GZ/A1/1444, Schilderung.
- 103 Vgl. BStU, MfS, HAXX/9, Nr. 2039, Bl. 26–28.
- 104 Vgl. Bitiş/Mahmud/Müller/Schlingmann, *Geschichten*, 2006.
- 105 Vgl. Karstädt/Zitzewitz, Dokumentation, 1996, 11.
- 106 Thomas Rahe, Das Gedenken an die homosexuellen Verfolgten an Orten ehemaliger Konzentrationslager in Deutschland. Genese, Voraussetzungen und Kontexte, in Eschebach (Hg.), *Homophobie*, 2012, 139–148, 146.
- 107 Eschebach, *Frauen*, 2012, 160.
- 108 Vgl. Ulrike Jureit/Christian Schneider, *Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung*, Stuttgart 2010, 10.
- 109 Vgl. zu lesbischer Täterschaft: Ulrike Janz, Das Zeichen lesbisch in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern, in Schwartz (Hg.), *Homosexuelle*, 2014, 77–84. Weiterführend zu bisherigen Versuchen LGBTIQ-Persönlichkeiten im öffentlichen Raum zu repräsentieren und zur Notwendigkeit von intersektionalen Erinnerungskulturen vgl. Christiane Leidinger, Zur Politik der Platzbenennung. Überlegungen für eine Geschichtspolitik und historische Erinnerungskulturen als gegenhegemoniale Wissensbildung entlang von Intersektionalität(-sbewusstsein), Empowerment und Powersharing, in: *Invertito. Jahrbuch für die Geschichte der Homosexualitäten* 17 (2015), 9–47.